Widerspruch

www.linke-oder-spree.de

17./18. Jahrgang

Dez. 2008
Jan. 2009

Mit neuem Schwung ins Superwahljahr 2009

Interview mit Peer Jürgens, neuer Kreisvorsitzender der LINKEN in Oder-Spree

Auf der Kreisdelegiertenkonferenz am 15. November in Storkow wurde Peer Jürgens mit 82 Prozent zum neuen Kreisvorsitzenden der LINKEN Oder-Spree gewählt. Damit löst er Stephan Wende ab, der dieses Amt sechs Jahre innehatte. Gleichzeitig wurde ein neuer Kreisvorstand gewählt und dem Erkneraner mit Gerlinde Stobrawa und Dagmar Püschel zwei Stellvertreterinnen zur Seite gestellt.

Mit dem 28-jährigen Landtagsabgeordneten Peer Jürgens sprach die Redaktion des Widerspruchs:

Widerspruch: Lieber Peer, zunächst herzlichen Glückwunsch zur Wahl. DIE LINKE Oder-Spree hat damit einen der jüngsten Kreisvorsitzenden der LINKEN in Brandenburg. Ist das ein Signal?

Peer Jürgens: Jugend selbst ist noch kein Qualitätsmerkmal. Posten und Ämter sollten in erster Linie nach Kompetenz vergeben werden. Aber es ist doch schön zu sehen, dass es in der LINKEN junge Menschen gibt, die über die nötigen Fähigkeiten verfügen – in unserem Nachbar-Kreis Frankfurt (Oder) wird unsere Partei ja von Kerstin Meier (33) geführt. Und trotzdem ist jede Jugend ohne die Unterstützung der erfahrenen GenossInnen hilflos. Ich baue ganz stark auf diejenigen in unserer Partei, die seit Jahren und Jahrzehnten Politik betreiben. Mit unserem neuen Kreisvorstand haben die Delegierten mit ihrer Wahl diese Mischung aus jung und alt sehr gut hinbekommen. Und im Vorfeld der Wahlen im nächsten Jahr kann es nicht schaden, unsere junge, dynamische und innovative Partei auch mit einem entsprechenden Gesicht nach außen zu vertreten – insofern ist es ein Signal.

Du hast die Wahlen angesprochen – welche Herausforderungen siehst du im nächsten Jahr?

Das nächste Jahr wird ein Superwahljahr. Mit Europa-, Landtags- und Bundestagswahlen stehen drei zentrale Wahlen auf dem Plan. Da auf so vielen Ebenen gewählt wird, kann man sagen: nächstes Jahr entscheidet sich die politische Ausrichtung unseres Landes. Gerade in Bund und Land entscheiden sich mit diesen Wahlen der Einfluss und die Rolle der LINKEN. Im Bund müssen wir bestätigen, dass wir die drittstärkste Kraft in Deutschland sind und in Brandenburg stehen wir auf Augenhöhe mit der SPD. Es muss uns in 2009 vor allem darum gehen den Menschen klar zu machen, dass ein anderes, ein solidarisches Brandenburg möglich ist. Diese Koalition in Potsdam hat nicht nur viele nötige Veränderungen verhindert, sie haben auch in zentralen Punkten das Land vor die Wand gefahren. Die Menschen spüren das und DIE LINKE hat die Aufgabe, die Alternativen zu dieser Politik aufzuzeigen.

Hast du konkrete Ziele in den nächsten Wahlen?

Die Bilanz unserer Partei in den letzten Jahren war schon sehr gut. Wir waren bei den Europawahlen 2004 mit Abstand die stärkste Partei in Oder-Spree, wir haben in den letzten Landtagswahlen alle vier Direktmandate hier gewonnen. Ich wünsche mir, dass wir das wiederholen. Bei den Bundestagswahlen 2005 haben uns nur zwei Prozent gefehlt, um Lothar Bisky direkt in den Bundestag zu schicken. Diesmal werden wir es schaffen und eine Kandidatin/einen Kandidaten aus dem Landkreis Oder-Spree und Frankfurt (Oder) direkt nach Berlin wählen.

Abgesehen von den Wahlen – welche Themen siehst du im nächsten Jahr als deine Aufgaben an?

Wir müssen uns als Partei vielen Themen stellen. Zunächst müssen wir dem Volkbegehren „Keine neuen Tagebau“ zum Erfolg verhelfen. Wir wären als Landkreis betroffen – deshalb brauchen wir eine wirklich breite Mobilisierung! Zweitens müssen wir uns dringend um die Mitgliederwerbung kümmern. Die Mitgliederzahl unseres Kreisverbandes ist zwar konstant, aber angesichts unserer Altersstruktur ist das Gewinnen von neuen MitstreiterInnen unverzichtbar. Und drittens müssen wir unsere Rolle als Partei im Landkreis wahrnehmen. Die Verlierer-Koalition im Kreistag aus SPD, CDU und FDP mauschelt sich gerade so durch – hier müssen wir weiterhin für eine transparente Politik streiten. Außerdem sollten wir im Kreistag mit inhaltlichen Vorschlägen auftreten und somit die anderen Parteien zum reagieren zwingen – mit den „10 Punkten für Oder-Spree“ haben wir dafür eine wunderbare Grundlage.

Die Neuwahlen des Kreisvorstandes haben ja viele überrascht und auf der Kreisdelegiertenkonferenz gab es dazu ja auch eine Debatte. Wie siehst du diesen Prozess?

Es gab seit längerem Konflikte um die Arbeitsabläufe bei der Füh-

In dieser Ausgabe:

Kreisvorstand DIE LINKE Oder-Spree neu gewählt 2

Landtagsreport 3
- Keine Diätenerhöhung in dieser Situation
- Für mehr Sicherheit auf unseren Straßen

Wie viele Braunkohletagebaue in der Lausitz brauchen wir? 4

Novemberrevolution 1918 6

Weitere Umverteilung von unten nach oben 9

Gruß an Stefan Sarrach 9

Rürups Kaffeefahrt zum großen Geld 10

WAS TUN für Eisenhüttenstadt 11

Jetzt unter schreiben: Keine neuen Tagebaue! 12

DIE LINKE.
Kreisverband Oder-Spree

Peer Jürgens
geboren am 2. 7. 1980 in Berlin-Köpenick;
Besuch des Gymnasiums Erkner, Abitur 2000; August 2000–Juli 2001 Zivildienst in der Jüdischen Gemeinde „Adass Isroel" in Berlin;
seit Oktober 2001 Student der Universität Potsdam – Magister Jüdische Studien und Politikwissenschaften;
Oktober 2002–Oktober 2004 Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, September 2003–Juli 2004 Referent im AStA der Universität Potsdam;
Mitglied des Landtages Brandenburg seit Oktober 2004, Hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion der Partei DIE LINKE., Mitglied des Ausschusses für Kultur, Wissenschaft und Forschung; seit 1998 Stadtverordneter in Erkner; seit 2008 Mitglied des Kreistages Oder-Spree;
Kreisvorsitzender DIE LINKE. Oder-Spree;
Kontakt: peer.juergens@dielinke-fraktion.brandenburg.de

rung und Organisation des Kreisverbandes. Wir haben es als alter Kreisvorstand leider nicht geschafft, diese Probleme zusammen mit dem Kreisvorsitzenden zu lösen. Darum gab es die Anregung zur Neuwahl – vor allem, um das verlorene Vertrauen wieder herzustellen. Darin sehe ich meine wichtigste Aufgabe als Vorsitzender: die Führung muss wieder zu einem Miteinander handeln mit allen Strukturen der Partei kommen. Was wir hier verbessern müssen, werden wir als Kreisvorstand aufarbeiten.

Nach der Wahl von Stefan Sarrach zum Sozialrichter in Frankfurt (Oder) übernimmst du seinen Landtags-Wahlkreis in Fürstenwalde–Beeskow. Siehst du hier Synergie-Effekte?

Auf jeden Fall. Gerade im Hinblick auf das nächste Jahr müssen wir als Partei die Ressourcen, die uns die Bürgerbüros unserer Bundestags- und Landtagsabgeordneten bieten, in jeder Hinsicht noch besser für uns nutzen. Und ich freue mich auf die Arbeit in dem spannenden Wahlkreis und will die gute Arbeit von Stefan fortsetzen – gerne auch über 2009 hinaus.

Viel Erfolg dabei und vielen Dank für das Gespräch.

Kreisvorstand DIE LINKE Oder-Spree

Vorsitzender:
Peer Jürgens, Erkner

Stellvertertretende Vorsitzende:
Dagmar Püschel, Eisenhüttenstadt;
Gerlinde Stobrawa, Bad Saarow

Kreisschatzmeister:
Friedrich Hrdina, Bad Saarow

weitere Mitglieder:
Frithjof Bastian, Fürstenwalde;
Peter Engert, Fürstenwalde;
Dr. Elvira Strauß, Erkner;
Ute Ullrich, Storkow;
Mario Winkel, Eisenhüttenstadt;
Rolf Yasnikovski, Schöneiche

Cornelia Winkel aus Grünheide wurde ebenfalls wieder in den Kreisvorstand gewählt. Am 20. November verstarb sie überraschend.

Kreisdelegiertenkonferenz am 15. November 2008 in Storkow

Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Oder-Spree neu gewählt

Am Sonnabend, dem 15. November 2008, fand die 6. Tagung der 1. Kreisdelegiertenkonferenz der Partei DIE LINKE Oder-Spree im Friedensdorf in Storkow statt.

Hauptthema der Konferenz war die Neuwahl des Kreisvorstandes. Zu dieser vorgezogenen Wahl entschloss sich unsere Kreisorganisation, um ihre eigene Arbeitsfähigkeit zu verbessern und sich im nächsten Jahr auf die anstehenden Bundestags-, Landtags-, Europa- und Bürgermeisterwahlen konzentrieren zu können.

Mit 82 Prozent der abgegebenen Stimmen wurde der Landtagsabgeordnete Peer Jürgens aus Erkner, der uns auch im Kreistag und in der Stadtverordnetenversammlung seiner Heimatstadt vertritt zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Als stellvertretende Vorsitzende erhielten die Landtagsabgeordnete und Bürgermeisterin von Bad Saarow, Gerlinde Stobrawa und die Eisenhüttenstädter Partei- und Fraktionsvorsitzende, Dagmar Püschel das Vertrauen der Delegierten. Als Schatzmeister wurde Friedrich Hrdina aus Bad Saarow bestätigt (weitere Ergebnisse siehe Randspalte). Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Wahl der Finanzrevisionskommission der Kreisorganisation, die wie erwartet unspektakulär ablief.

Es folgte eine Erklärung des Landtagsabgeordneten Stefan Sarrach. Auf Grund seiner Wahl zum Richter am Sozialgericht in Frankfurt (Oder) gemäß den gesetzlichen Bestimmungen und um Interessenkonflikte zu vermeiden, verzichtet er zum 1. Dezember 2008 auf sein Landtagsmandat und gibt auch das Kreistags-Mandat zurück. Als Stadtvorsitzender und Stadtverordneter in Fürstenwalde, sowie aktiver Mitstreiter bleibt er unserer Partei jedoch erhalten.

Um seinen Wahlkreis (Region Fürstenwalde–Beeskow) wird sich bis zur Landtagswahl Peer Jürgens kümmern, der über die Landesliste in den Landtag gelangte. Im Kreistag wird Monika Pooch, Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE nachrücken.

Als Gast trat der stellvertretende Landesvorsitzende der LINKEN und Bürgermeister von Königs Wusterhausen, Stefan Ludwig, auf. Er erläuterte die vom Landesvorstand beschlossene Prozedur zur Aufstellung der Landesliste unserer Partei zur nächsten Landtagswahl, die vorbehaltlich des dazu notwendigen Parteitagsbeschlusses so durchgeführt wird: Der/die Spitzenkandidat/in wird in Einzelwahl gekürt. Danach werden die Bewerber für die Plätze 2–25 der Landesliste gewählt. Das Vorschlagsrecht für die Kandidaten soll wie folgt aussehen. Jeder Kreisverband mit mindestens 1000 Mitgliedern schlägt zwei Kandidaten/innen und die übrigen Kreise einen/e Kandidaten/in vor. Weitere zwei Kandidaten/innen werden vom Jugendverband solid und weitere 2–3 Kandidaten/innen werden vom Landesvorstand direkt gemäß einer aufzustellenden Kompetenzen-Liste vorgeschlagen.

Die Platzzuweisung auf der Liste selbst erfolgt durch Wahl. Weitere Bewerber/innen können für die Listenplätze nach Platz 25 kandidieren. Die Aufstellung der Direktkandidaten/innen für die Wahlkreise bleibt davon unberührt.

Von fünf Bewerbern/innen aus LOS wurde als Vorschlag für einen aussichtsreichen Listenplatz von den Delegierten Helga Böhnisch aus Eisenhüttenstadt durch Wahl nominiert. Sie vertritt als Landtagsabgeordnete den Wahlkreis Eisenhüttenstadt, Brieskow-Finkenheerd, Schlaubetal, Neuzelle und Friedland.

Die Kreisdelegiertenkonferenz fand mit einer Dankeschön-Veranstaltung für unsere Wahlkämpfer zur letzten Kommunalwahl ihren Abschluss.

Jörg Mernitz, Eisenhüttenstadt

Plötzlich und unerwartet erreichte uns aus Grünheide die Nachricht vom Tod unserer Genossin

Cornelia Winkel

14. 6 .1953–20. 11. 2008

Mit aufrichtiger Anteilnahme nehmen Abschied die Mitglieder des Kreisverbandes DIE LINKE. Oder-Spree.

Keine Diätenerhöhung in dieser Situation

Die Vorschläge zur Erhöhung der Diäten der Abgeordneten im Landtag Brandenburg gehen angesichts der Finanzkrise an den Lebenswirklichkeiten der Bürgerinnen und Bürger vorbei und sind nicht vertretbar.

Die Fraktion DIE LINKE lehnt daher die Erhöhung der Diäten in dieser Situation ab.

Mit der Änderung des Abgeordnetengesetzes hat der Landtag im Jahr 2006 unter anderem die Anpassung der Diäten entsprechend der jährlichen Einkommensentwicklung der berufstätigen Bevölkerung beschlossen. Danach müssten die Diäten eigentlich erhöht werden – die Löhne sind 2007 um knapp 2 Prozent gestiegen. Aber von dieser Regelung sollte der Landtag in der jetzigen Situation Abstand nehmen.

Es war aber auch mit allen Parteien im Landtag verabredet, dass bis 2009 grundsätzlich eine Änderung des Abgeordnetengesetzes angegangen werden soll. Die Linksfraktion plädiert seit langem dafür, die nicht mehr zeitgemäßen Privilegien abzubauen. Konkret heißt das, die Neuregelung der Altersversorgung der Abgeordneten. Nach unseren Intentionen ist der Weg in die gesetzliche Rentenversicherung eine Lösung, die das Solidarsystem stärkt. Außerdem regt DIE LINKE an, die Steuerfreiheit für Aufwandsentschädigungen und Zuschüssen abzubauen.

Abgeordnete haben eine hohe Verantwortung – sie müssen über ihre Bezahlung selbst entscheiden. Aber Demokratie kostet Geld und unabhängige Abgeordnete brauchen eine entsprechende Vergütung. Sie sollten dabei jedoch mit Augenmaß handeln.

Peer Jürgens, Erkner
Mitglied des Landtages

Der Entwurf des Präsidenten des Landtages zur Änderung des Abgeordnetengesetzes wurde auf der Landtagssitzung am 19.11. in 1. Lesung beraten und in den Hauptausschuss verwiesen.

Für mehr Sicherheit auf unseren Straßen

Im Jahr 2004 hat die Landesregierung ein Verkehrssicherheitsprogramm vorgelegt, mit dem ein jährlicher Rückgang der Zahl der bei Straßenverkehrsunfällen getöteten und verletzten Personen um fünf Prozent erreicht werden soll.

Leider wurde dieses Ziel bisher nicht erreicht. Glücklicherweise konnte in den letzten 10 Jahren die Zahl der Verkehrstoten nahezu auf ein Drittel des Wertes von 1997 reduziert werden.

Doch trotz dieser Entwicklung nimmt Brandenburg in der bundesweiten Verkehrsunfallstatistik noch immer den letzten Platz ein. Während im Bundesdurchschnitt 60 Personen auf eine Million Einwohner bei Straßenverkehrsunfällen ums Leben kamen, liegt dieser Wert für Brandenburg bei 104 – der mit Abstand schlechteste Wert. Auch hinsichtlich der Unfallgefährdung von Kindern im Straßenverkehr gibt es in Brandenburg großen Handlungsbedarf. Aus dem in diesem Jahr vorgestellten „Kinderunfallatlas“ geht hervor, dass in keinem anderen Flächenland so viele Kinder im Straßenverkehr verunglücken wie in Brandenburg.

Bei der Verbesserung der Verkehrssicherheit handelt es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in allen Ressorts der Landesregierung verankert sein sollte. DIE LINKE hat daher im Landtag einen Antrag eingebracht, in dem wir eine Evaluierung (Bewertung) des Programms fordern und uns für mehr Sicherheit im Straßenverkehr einsetzen.

Peer Jürgens, Erkner
Mitglied des Landtages

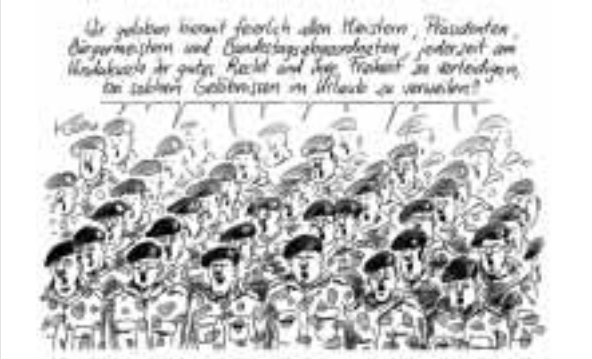
Foto: Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg

Gedenkstein der Verkehrswacht für die im Straßenverkehr getöteten Kinder (Foto aus 2004, Stein ist jetzt mit aktuellen Daten versehen). Er steht am Leipziger Dreieck, Nahe der Langen Brücke.

Stillgestanden! Augen geradeaus!

Manchmal fördern Anfragen im Landtag Spannendes zu Tage. Die Bundeswehr wirbt in Schulen für ihre Dienste. Und das sogar während der regulären Unterrichtszeit – in dem Fall müssen die Schüler anwesend sein. Dabei verwundert es, wie selbstverständlich Minister Rupprecht diese militärische Werbung an Schulen hinnimmt. So selbstverständlich, wie er sonst den Wehrkunde-Unterricht in der DDR geißelt. Armee hat an Schulen nichts zu suchen – ob nun Wehrkunde oder Bundeswehr.

Peer Jürgens
Mitglied des Landtages Brandenburg
www.peer-juergens.de, Pe(e)r Podcast



Volksbegehren „Keine Neuen Tagebaue“

Wie viele Braunkohletagebaue in der Lausitz brauchen wir?

Foto: Volksbegehren Keine Neuen Tagebaue

13. Oktober 2008, Greenpeace-Aktion vor der Staatskanzlei in Potsdam

8. Oktober 2008, Enthüllung der Großfläche am Haus der Natur in Potsdam, (v. l. n. r. hintere Reihe: Axel Vogel (Landesvorsitzender B90/ Die Grünen Bbg., Thomas Burchardt (Klinger Runde), Thomas Nord (Landesvorsitzender DIE LINKE Bbg.), Axel Kruschat (Geschäftsführer BUND Brb.)

Der Braunkohletagebau steht immer wieder in der Diskussion. Befürworter behaupten gerne, dass es sich bei den Gegnern des Tagebaus um eine Handvoll Ökos handelt, die ohne Rücksicht auf bestehende Arbeitsplätze argumentieren und kein realistisches Energiekonzept haben. Warum das nicht stimmt und warum alle Brandenburger das vom 10. Oktober 2008 bis 9. Februar 2009 laufende Volksbegehren gegen neue Tagebaue unterstützen sollten, wollen wir anhand einiger Fakten klären.

Der Tagebau hat eine lange Tradition in Brandenburg. Zu DDR-Zeiten arbeiteten etwa 75 000 Menschen in der Braunkohle. Seit 1991 wird der Kohleabbau von der schwedischen Firma Vattenfall Europe weiterbetrieben. Heute sind bei Vattenfall noch etwa 4 190 direkt Beschäftigte (Prognos, Studie im Auftrag der Vattenfall AG, Oktober 2008) im Braunkohlebereich tätig.

Foto: Damian Arikas/ Volksbegehren Keine Neuen Tagebaue

Braunkohle –ärmster Energieträger

Unter den zur Verfügung stehenden fossilen Energieträgern ist die Braunkohle am energieärmsten und setzt die größten Mengen CO_2 frei (950 g CO_2/KWh). Sie gilt daher als extrem klimaschädlich. Internationale Klimaziele sind mit der Braunkohle nicht einzuhalten, deswegen wird auch bei den Energiekonzernen an dem Problem der CO_2-Emission seit langem gearbeitet. Die Antwort der Industrie heißt CCS (carbon dioxide capture and storage, red.), eine Technologie mit der ein großer Teil des CO_2 im Verbrennungsprozess isoliert und in flüssiger Form in unterirdischen Endlagern gespeichert werden soll.

Sind CO_2-Endlager möglich?

In dem Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgeabschätzung zur „CO_2-Abscheidung und Lagerung bei Kraftwerken“ vom Juli 2008 wird dem Oxyfuel-Verfahren ein „hoher Energieverbrauch“ bescheinigt. Darüber hinaus sei allen CCS-Verfahren gemein, „einen zusätzlichen Brennstoffbedarf von bis zu 40 Prozent zur Folge“ zu haben. Um die gleiche Menge Strom zu produzieren, müsste also die Braunkohleförderung um 40 Prozent erhöht werden. Auch der Transport und die Endlagerung des flüssigen CO_2 sind ein ungelöstes Problem. Experten wie Prof. Dr. Rolf Kreibich vom Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung in Berlin bezweifeln das es möglich sein wird, für die anfallenden Mengen CO_2 in Deutschland ausreichende Endlager zu finden. Mit massivem Widerstand in Politik und Zivilbevölkerung ist dabei ebenfalls zu rechnen. Der Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff (CDU), sagte am 29. Oktober 2008 im „RBB“, sein Land „sei nicht bereit, verflüssigtes Kohlendioxid aus Brandenburg in großen Mengen unterirdisch zu lagern“. Ob das Gas über einen längeren Zeitraum wirklich unter der Erde bleibt, ist bisher ebenfalls noch nicht wissenschaftlich bewiesen.

Niemand kann vorhersagen, ob die CCS-Technik serienreife erlangt und wirtschaftlich eingesetzt werden kann. Diese Unwägbarkeiten und ihre Folgen werden von Vattenfall jedoch stets verschwiegen oder heruntergespielt. Für den Fall das die CCS-Technik nicht zum Einsatz kommen kann sagte der Konzernchef Lars Göran Joseffson am 12. April 2007 in der „Zeit“: „dann haben wir ein echtes Problem. Dann müssen wir die Dämme höher bauen“.

Braunkohlestrom wird unwirtschaftlich

Eine weitere Hürde für die Braunkohleindustrie ist die neue Auflage des Emissionshandelsgesetzes, das auf europäischer Ebene im Jahr 2013 eingeführt wird. Die EU beabsichtigt die Zertifikate für CO_2-Emissionen stark zu verteuern um globale Klimaschutzabkommen einhalten zu können. Daher ist es absehbar, dass der Handel mit den CO_2-Zertifikaten den Braunkohlestrom unwirtschaftlich macht. Ob die CCS-Technik daran etwas ändern kann, ist schon deshalb fraglich, weil sie große Kosten für neue Kraftwerke, höhere Brennstoffmengen sowie den Transport und die Endlagerung des CO_2 verursachen würde.

Für den Wasserhaushalt negativ

Für den Tagebau werden große Mengen Wasser benötigt. Derzeit pumpt der aktive Braunkohlebergbau in der Lausitz mit 230 Mio. Kubikmetern pro Jahr mehr Grundwasser ab als alle anderen Nutzer zusammen (160 Mio.). Im ohnehin niederschlagsarmen Brandenburg ist die Höhe des Grundwasserspiegels aber entscheidend für die Zukunft der Land- und Forstwirtschaft. Experten wie Heiko Sonntag vom Regierungspräsi-

dium Dresden kritisieren als Folge des Bergbaus auch eine Versalzung der Flüsse mit Sulfat. Dies hat besonders für die Trinkwassergewinnung Berlins und Brandenburgs große Auswirkungen. Die Überschreitung des zulässigen Grenzwertes von 240 mg Sulfat pro Liter ist schon heute problematisch, eine technische Lösung zur industriellen Reinigung des Wassers gibt es bisher nicht.

Der Abbau von Braunkohle erfordert gewaltige Eingriffe in die Landschaft. Für die Gewinnung einer Tonne Kohle müssen bis zu 11 Tonnen Erdreich abgebaggert werden. Menschen in den betroffenen Regionen müssen umgesiedelt werden, Dörfer verschwinden von der Landkarte (in der Lausitz wurden seit 1922 136 Dörfer umgesiedelt, 54 weitere Siedlungen stehen auf den wirtschaftlich gewinnbaren Reserven). Abgesehen von der Zerstörung von Naturschutzgebieten, gewachsenen Landschaften und Kulturräumen gibt es bis heute keine Untersuchung darüber, wie viele Arbeitsplätze in Land- und Forstwirtschaft, produzierendem Gewerbe und Tourismus durch das Abbaggern vernichtet werden.

Bestehende Abbaugebiete reichen bis ins Jahr 2040

Die bestehenden Abbaugebiete würden nach Berechnungen des BUND auch ohne neue Tagebaue bis zum Jahr 2040 ausreichen. Aus diesem Grund vertreten die Initiatoren des Volksbegehrens „Gegen neue Tagebaue“ die Auffassung, dass neue Abbaugebiete weder ökonomisch noch umweltpolitisch sinnvoll sind. Nach Meinung des Bündnisses aus Umweltverbänden (u. a. BUND, NABU, zahlreiche Bürgerinitiativen, den Grünen und den Linken) reicht es völlig aus, die bestehenden Gebiete bis zum Ende abzubauen. Dies wäre ohne die Gefährdung von heutigen Arbeitsplätzen möglich. „Aufgabe von Politik und Energiewirtschaft ist es, in die Zukunft zu denken und in den nächsten 32 Jahren bis zum Ende der Braunkohleförderung eine wirtschaftlich und umweltverträglich zukunftsfähige Energieversorgung aufzubauen“ sagt Axel Kruschat, Geschäftsführer des BUND Brandenburg. Dieses Ziel ist in der Tat für das Land Brandenburg schon in naher Zukunft erreichbar. 53 Prozent der hier erzeugten Strommenge wurden 2004 in andere Länder exportiert. Bei einem vorgesehenen Anteil der erneuerbaren Energien am Brandenburger Stromhaushalt von 34 Prozent für 2020 (laut Planung der Landesregierung) kann demnach schon in zwölf Jahren fast der gesamte Strombedarf Brandenburgs aus erneuerbaren Energien bezogen werden. Eine zusätzliche Steigerung der Stromproduktion mit Braunkohle macht also nur dann Sinn, wenn der überschüssige Strom von Vattenfall gewinnbringend verkauft wird. Warum Brandenburg dafür die Rechnung zahlen soll bleibt offen.

Damian Arikas,
Initiative „Keine neuen Tagebaue“

Weitere Infos unter:
www.keine-neuen-tagebaue.de

Solidarität gefragt

Spende für Verfassungsklage

Liebe Mitstreiterinnen,
liebe Mitstreiter,

auf der Abwasserkonferenz unserer Fraktion im April wurde angesichts des Klimawandels die Notwendigkeit dezentraler Kläranlagen in Brandenburg von namhaften Wissenschaftlern mit zahlreichen Untersuchungsergebnissen und Fakten erneut untermauert. Der Grundwasserspiegel in Brandenburg sinkt. Es gilt langfristig Wasser in der Landschaft zu halten, mit dem kostbaren Gut Wasser bewusster als bisher umzugehen.

Das Betreiben von Wiederaufbereitungsanlagen, die Abwasser auf Grundstücken für eine Mehrfachnutzung klären, ist in Brandenburg rechtlich zulässig. Nicht eindeutig definiert ist, wieviel Abwasser letztlich an zentrale Klärsysteme abgegeben werden muss. Darauf stützen sich Mitglieder mehrerer Abwasser-Bürgerinitiativen bzw. Betreiber von Wiederaufbereitungsanlagen, z. B. Familie Plenzke in Rauen. Um hier rechtliche Klarheit zu schaffen, läuft ein Klageverfahren der Familie Plenzke vor dem Verfassungsgericht Brandenburg.

Familie Plenzke befindet sich seit neun Jahren im Rechtsstreit, was ihre finanzielle Lage erheblich belastet. Am 11. November muss die Familie 2 600 Euro Gerichtskosten bezahlen, die sie nicht aufbringen kann.

Wie bereits auf unserer Klausur dazu informiert, bitte ich um einen Spendenbeitrag zur Unterstützung einer rechtlichen Entscheidung vor dem Verfassungsgericht. Auch ein geringerer Betrag hilft. Wir haben dafür ein Konto eingerichtet:

Verfassungsklage Wasserstreit Brandenburg
Konto-Nr. 460 784 201
BLZ 120 700 24
Deutsche Bank Potsdam

Bitte geben Sie diese Information weiter. Vielen Dank

Renate Adolph,
Mitglied des Landtages Brandenburg
Tel. (030) 99 27 47 49
www.renate-adolph.info

Dezentralisierung und kreislauforientierte Abwasserentsorgung – eine Perspektive für die ostdeutsche Wasserwirtschaft?

Broschüre der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Redaktionsschluss: 20. Juni 2008, 50 Seiten;

download unter: /www.linksfraktion.de/publikationen_broschueren.php?b=20

Das jetzige System der Abwasserentsorgung in Ostdeutschland überwiegend auf große zentrale Systeme mit langen Überleitungen ausgerichtet. Diese sind oft überdimensioniert, was vielfach zu enormen Kosten führt. Die zunehmende Entvölkerung ganzer Landstriche durch Abwanderung und demografischen Wandel wird die Probleme verschärfen. Sollte man deshalb nicht schon heute Regionen mit wenig Bevölkerung dafür nutzen, ökologisch und sozial verträgliche Alternativen zur klassischen Siedlungswasserwirtschaft zu suchen?

11. Januar 2009
9–13 Uhr
Luxemburg-Liebknecht-Ehrung
Berlin-Friedrichsfelde, Gedenkstätte der Sozialisten

Artur Pech, Schöneiche, ruft die deutsche Novemberrevolution 1918 in Erinnerung

Nov./Dez. 1918 – Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in den Tagen der Revolution

Ereignisse, die ziemlich genau 90 Jahre zurück liegen, sind eine der Wurzeln unserer heutigen politischen Tätigkeit. Lasst mich daran mit einigen wenigen Worten aus dem Munde und aus der Feder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg erinnern.

Vorab eine Anekdote. Sie soll erklären, warum ich entscheidende Protagonisten der Revolution und nicht ihre heutigen Bewerter zitiere.

Während meines Studiums Anfang der 70er Jahre wurde unserem Dozenten die Frage gestellt: Wie konnte Karl Liebknecht 1918 die sozialistische Republik ausrufen? Dafür fehlten doch die wesentlichen Voraussetzungen? Die für mich unvergessliche Antwort unsers Dozenten lautete: Ich beglückwünsche Sie zu ihrer Erkenntnis. Sie kommt nur eben gut 50 Jahre zu spät.

Foto: www.galerie-olga-benario.de/bilder/RosaPlakat

Rosa Luxemburg

Foto: www.stamokap.org/images/kliebknecht

Karl Liebknecht

So also Originaltext ***Karl Liebknecht am 9. November 1918***:

„… ich proklamiere die freie sozialistische Republik Deutschland, die alle Stämme umfassen soll, in der es keine Knechte mehr geben wird, in der jeder ehrliche Arbeiter den ehrlichen Lohn seiner Arbeit finden wird.“

Und ***Rosa Luxemburg am 31. Dezember 1918***:

„…heute erleben wir den Moment, wo wir sagen können: Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner. Wenn wir heute in unserem Programm erklären: Die unmittelbare Aufgabe des Proletariats ist keine andere als – in wenigen Worten zusammengefaßt – den Sozialismus zur Wahrheit und Tat zu machen und den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, so stellen wir uns auf den Boden, auf dem Marx und Engels 1848 standen und von dem sie prinzipiell nie abgewichen waren. Jetzt zeigt sich, was wahrer Marxismus ist und was dieser Ersatz-Marxismus war, der sich als offizieller Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie so lange breitmachte … Der Sozialismus ist Notwendigkeit geworden nicht bloß deshalb, weil das Proletariat unter den Lebensbedingungen nicht mehr zu leben gewillt ist, die ihm die kapitalistischen Klassen bereiten, sondern deshalb, weil, wenn das Proletariat nicht seine Klassenpflichten erfüllt und den Sozialismus verwirklicht, uns allen zusammen der Untergang bevorsteht.....“

Und ***Karl Liebknecht am 15. Januar 1919***:

„Die Geschlagenen von heute, sie haben gelernt. Sie sind geheilt vom Wahne, ihr Heil in der Hilfe verworrener Truppenmassen finden zu können; geheilt vom Wahne, sich auf Führer verlassen zu können, die sich kraftlos und unfähig erwiesen; geheilt vom Glauben an die unabhängige Sozialdemokratie, die sie schnöde im Stich ließ. Nur auf sich selbst gestellt, werden sie ihre künftigen Schlachten schlagen, ihre künftigen Siege erfechten. Und das Wort, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur das eigene Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, es hat durch die bittere Lehre dieser Woche eine neue, tiefere Bedeutung für sie gewonnen … wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel.

Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!“

Heute, nach der Fusion zweier linker Parteien ist es notwendig, sich stets zu vergegenwärtigen, warum sich die Arbeiterbewegung vor 90 Jahren gespalten hat. Die Antwort ist untrennbar mit dem Wirken von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verbunden, deren politisches Vermächtnis uns heute mehr denn je verpflichtet. Ohne Karl und Rosa würde es auch die „LINKE“ nicht geben. Und wenn wir über neue Programme streiten – Karl und Rosa sind dabei. So, wie sie auch auf unserem Gründungsparteitag dabei waren. Ein Ergebnis des deutschen November 1918 war die Gründung der KPD.

Der Zeitgeist in der heutigen Bundesrepublik Deutschland, der schnell mal 500 Milliarden für das noch immer herrschende Finanzkapital bereit hält, aber Hartz-IV-Empfänger weder an einer Kindergelderhöhung um 10 € noch an einer Fahrkostenerstattung für die Sklavenarbeit im 1-€- Job teilhaben lässt – dieser Zeitgeist übergeht den deutschen November 1918 mit Stillschweigen und akzeptiert die Geschichte der KPD nur als Abfolge von Verbrechen. Unterwerfen wir uns diesem Zeitgeist nicht.

Geschichte der KPD – das ist auch die Rede von ***Ernst Thälmann am 7. Februar 1933*** nur wenige Kilometer von hier, im Sporthaus Ziegenhals:

*„Das Kabinett Hitler-Hugenberg-Papen ist die **offene faschistische Diktatur**. Was die Zusammensetzung der Regierung anbetrifft, so kann es in Deutschland eine weitere Steigerung in der Richtung des offenen Faschismus kaum mehr geben. Wohl aber gibt es in den Methoden dieser Regierung der offenen faschistischen Diktatur noch eine ganze Reihe von Steigerungsmöglichkeiten ...*

Es ist der Bourgeoisie ernst damit, die Partei und die ganze Avantgarde der Arbeiterklasse zu zerschmettern. *Sie wird deshalb kein Mittel unversucht lassen, um dieses Ziel zu erreichen. Also nicht nur Vernichtung der letzten spärlichen Rechte der Arbeiter, nicht nur Parteiverbot, nicht nur faschistische Klassenjustiz, sondern alle Formen des faschistischen Terrors; darüber hinaus: Masseninternierung von Kommunisten in Konzentrationslagern, Lynchjustiz und Meuchelmorde an unseren tapferen antifaschistischen Kämpfern, insbesondere an kommunistischen Führern – das alles gehört mit zu den Waffen,*

Novemberrevolution. Eine andere Welt war möglich!

Veranstaltungsangebot von dielinke.SDS

Wie kam es zur Novemberrevolution?

Welche Rolle spielten die verschiedenen Organisationen der Linken?

Wäre eine Rätedemokratie damals möglich gewesen?

Infos unter: www.linke-sds.org/spip.php?article221

deren sich die offene faschistische Diktatur uns gegenüber bedienen wird.“

Als Thälmann so auftrat, wollten andere die deutschen Faschisten an der Macht noch abwirtschaften lassen. Tatsächlich haben deutsche Kommunisten dann einen sehr hohen Blutzoll im Kampf gegen den Faschismus entrichtet.

Wir haben also allen Grund, des November und des Dezember 1918 mit erhobenem Haupt zu gedenken und uns nicht vom Zeitgeist der Herrschenden in der Bundesrepublik Deutschland dominieren zu lassen. Linke Politik heute steht auch in der Tradition des Jahres 1918.

Bleiben wir bei Rosa Luxemburg, der programmatischen Begründerin der KPD.

Mitten im ersten Weltkrieg analysierte Sie die Krise der Sozialdemokratie und erinnerte an ***Friedrich Engels***. Der *„sagte einmal: die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma: entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei. Was bedeutet ein ‚Rückfall in die Barbarei‘ auf unserer Höhe der europäischen Zivilisation? Wir haben wohl alle die Worte bis jetzt gedankenlos gelesen und wiederholt, ohne ihren furchtbaren Ernst zu ahnen. Ein Blick um uns in diesem Augenblick zeigt, was ein Rückfall der bürgerlichen Gesellschaft in die Barbarei bedeutet. Dieser Weltkrieg – das ist ein Rückfall in die Barbarei. Der Triumph des Imperialismus führt zur Vernichtung der Kultur sporadisch während der Dauer eines modernen Krieges, und endgültig, wenn die nun begonnene Periode der Weltkriege ungehemmt bis zur letzten Konsequenz ihren Fortgang nehmen sollte. Wir stehen also heute, genau wie Friedrich Engels vor einem Menschenalter, vor vierzig Jahren, voraussagte, vor der Wahl: entweder Triumph des Imperialismus und Untergang jeglicher Kultur, wie im alten Rom, Entvölkerung, Verödung, Degeneration, ein großer Friedhof. Oder Sieg des Sozialismus, das heißt der bewußten Kampfaktion des internationalen Proletariats gegen den Imperialismus und seine Methode: den Krieg.“*

Halten wir es mit ***Goethe***, den ***Georgi Dimitroff*** in seiner Schlussrede vor dem Nazigericht zitierte:

„Lerne zeitig klüger sein,
Auf des Glückes großer Waage
Steht die Zunge selten ein;
Du musst steigen oder sinken,
Du musst herrschen und gewinnen
Oder dienen und verlieren,
Leiden oder triumphieren
Amboß oder Hammer sein.“

(Historischer Beitrag, vorbereitet für die Kreisdelegiertenkonferenz der Partei DIE LINKE Oder-Spree am 15. November 2008 in Storkow)

Austellung zur Geschichte der Fürstenwalder Arbeiterbewegung und des Parlamentarismus. Tafel 7: 1918 – Novemberrevolution in Fürstenwalde. Zu sehen im Bürgerhaus Stefan Sarrach. Info: www.sarrach.de/rotesfw.php

Gesellschaftstheoretische Antworten wieder gefragt?

DIE LINKE und die Finanzkrise

Seit Wochen ist die Finanzkrise beherrschendes Thema in allen Zeitungen, Fernseh- und Rundfunksendungen der ganzen Welt. Politiker und sogenannte Finanzexperten überbieten sich in Talkshows und politischen Gesprächsrunden in Schuldzuweisungen und klugen Sprüchen, wie zukünftig die Wiederholung solcher Debakel ausgeschlossen werden soll.

DIE LINKE ist von der Finanzkrise offenbar genauso unvorbereitet getroffen worden, wie alle anderen politischen Akteure auch. Ich hätte erwartet, dass vom Parteivorstand und der Bundestagsfraktion in einer offiziellen Stellungnahme unmissverständlich ausgesprochen wird: Diese Krise entspringt keinen Fehlern im kapitalistischen System sondern ist Ausdruck der dem Kapitalismus systemimmanent innewohnenden ständigen Jagd nach dem Maximalprofit. Die angebliche Gier oder das vermeintliche Versagen ganzer Banker-Hierarchien ist eine sekundäre Erscheinung, eben dieser Jagd nach dem Maximalprofit geschuldet. Oder habe ich vielleicht eine solche Stellungnahme überhört?

Wären im Gefolge dieser Finanzkrise nicht auch dramatische Konsequenzen für die Ersparnisse der Millionen „kleinen Leute“ und weitere Einschnitte in die Sozialsysteme zu befürchten, könnte man eigentlich in schallendes Gelächter ausbrechen.

Die hochdotierten Verfechter der neoliberalen Globalisierung in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, die seit Jahren die Zurückdrängung des Staates gepredigt hatten, winden sich bei Konfrontation mit ihren früheren Aussagen und rufen in ihrer gegenwärtigen Not nach Regulierungsmaßnahmen des Staates. Die These von der Selbstregulierung des Marktes hat sich als das erwiesen, was sie immer war: eine Fiktion.

Ich habe einmal gelernt, dass der Staat das Instrument der jeweils herrschenden Klasse zur Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber den anderen Klassen sei. Diese Erkenntnis halte ich auch nach wie vor für richtig. Der Repressionsapparat Staat stand selbstverständlich in der zurückliegenden Phase der allgemeinen Deregulierungs- und Privatisierungswut nie zur Debatte. Da wacht Herr Dr. Schäuble! Deregulierungsziele waren und sind die sozialen staatlichen Sicherungssysteme und Strukturen der allgemeinen Daseinsversorge, die in der Phase des „Bonn-rheinischen Kapitalismus“ ohne Zweifel ein bestimmter Garant gegen den sozialen Absturz für die Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik waren.

Welche Auffassung über den Staat in unserer Partei zur Zeit gültige Mehrheitsmeinung ist, weiß ich nicht. Über solche Grundsätzlichkeiten wird ja kaum noch gesprochen. Wahlkampfstrategien und das Gerangel um Listenplätze stehen inzwischen offenbar auch bei uns höher im Kurs als Diskussionen zu gesellschaftsrelevanten Themen.

Der nunmehrige Ruf der wirtschaftlichen und politischen Eliten nach einem stärker regulierendem Staat lässt eigentlich nur eine Schlussfolgerung zu: Es setzt sich auch bei denen die Erkenntnis durch, dass die in den letzten Jahrzehnten betriebene Deregulierung und Zurückdrängung des „Staates“ zunehmend das ganze System gefährdet.

Und wie wird es DIE LINKE halten, setzen wir uns auch für die Stärkung des bürgerlichen Staates ein? Ist das ein gängiger Weg zur Systemüberwindung? Fragen, auf die ich keine schlüssigen Antworten habe. Vielleicht sollten wir in unseren Parteiversammlungen mal wieder über solche Probleme reden.

Gottfried Walther, Erkner

Oskar Lafontaine am 20. 11. im D-Radio Kultur:

„Wir haben hier in Deutschland seit vielen Jahren eine Sonderposition, … indem Konjunkturprogramme von der großen Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler, die nur noch einer Schule folgen, der sogenannten Angebotsschule, abgelehnt werden. Weltweit ist das ganz anders. Das sieht man jetzt auch in der Krise. Beispielsweise China, das sich ja nicht um irgendwelche Ideologien in der Wirtschaftspolitik schert, sondern pragmatisch handelt, geben acht Prozent des Sozialprodukts pro Jahr für die Konjunkturstützung aus. 8 Prozent, das würde in Deutschland 200 Milliarden heißen, um das mal zu übersetzen. Und die Amerikaner greifen auch kräftig in die Staatskasse, um die Konjunktur zu stützen. Wir in Deutschland haben uns bisher nur entschieden, 0,2 Prozent des Sozialproduktes auszugeben. Das heißt, das ist eigentlich lächerlich.“

Kennwort: Vietnam Lim

105 Euro an Spenden sind für einen Brunnen nötig

Jeder Euro bringt Entwicklung

Vietnam: **Neue Siedlung in Lim**

In den nächsten drei Jahren entsteht eine neues Zuhause für 60 Familien in der Provinz Thua Thien Hue.

Projektlaufzeit: 1. 10. 2008–30. 3. 2011
Projektvolumen: 292 760 Euro
Finanzierung:
BMZ-Förderung: 219 570 Euro
Lokaler Beitrag: 10 760 Euro
SODI-Spenden: 62 430 Euro
Projektregion: Provinz Thua Thien Hue, Vietnam
Partner: Volkskomitee des Kreises Huong Tra, der Gemeinde Huong Ho, Union der Freundschaftsorganisationen Hue, Frauenunion Vietnam

Foto: Marco Warmuth, www.explosure.de

Die zukünftigen Bewohner erhalten eine Anschubfinanzierung für Gemüsebau

Tran Minh Tri fühlt sich als Pionier im Gebirgstal Lim. Mit seinen Brüdern hat er sich aufgemacht, Land zu nutzen, auf dem bis vor kurzem noch tödliche Gefahren lauerten. Hier, unweit der Kaiserstadt Hue, sind 2006 mit Hilfe von SODI gefährliche Minen und Blindgänger des Vietnam-Krieges geräumt worden. Nun werden sich auf über 200 Hektar 60 landarme bzw. landlose Familien eine Zukunft aufbauen. In der Perspektive soll ihre Zahl auf 100 ansteigen.

Tran und weitere fünf Familien haben nicht gewartet, bis Stempel und Unterschrift das Projekt besiegeln. Sie haben sich provisorische Unterkünfte gebaut, nach Wasser gegraben, Cassava angepflanzt und Tiere angeschafft. Wo sie bisher lebten, wollten und konnten sie nicht länger bleiben. Im Überschwemmungsgebiet des Parfümflusses wurden sie häufig Opfer von Hochwasser, immer wieder floss das mühsam Erarbeitete im wahrsten Sinne des Wortes davon. Die Pioniere von Lim gehören zu 60 Familien, die in dem fruchtbaren Tal in den nächsten drei Jahren mit Hilfe von SODI wetterfeste Häuser errichten, Feldfrüchte und Obst anbauen werden. Auch Schweine, Rinder, Ziegen wollen sie halten. Ihre Kinder werden in einen Kindergarten oder eine Schule gehen.

Wie in Quang Tri verbindet SODI auch in Thua Thien Hue humanitäre Kampfmittelräumung mit Entwicklung. Die Partner vom Volkskomitee des Kreises Huong Tra und von der Union der Freundschaftsorganisationen in Hue (HUEFO) nutzen dabei die zehnjährigen Erfahrungen bei der Verwirklichung des integrierten Programms in Quang Tri. SODIs Vorhaben zur Überwindung der Langzeitfolgen des Krieges in Vietnam werden vom Auswärtigen Amt und vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gefördert.

In den SODI-Dörfern in Quang Tri hat es sich bewährt, dass der Aufbau von Infrastruktur mit Einkommensförderung verbunden wird. Auch die nachhaltige Entwicklung von Lim soll so begünstigt werden. Die Provinzregierung sorgt für die Sanierung der Zugangsstraße und verlegt Stromleitungen bis zur neuen Siedlung. Zwei Überlaufbrücken, Dorfstraßen, eine Trafo-Station und Hausanschlüsse werden aus Projektmitteln finanziert. Die Gemeinde Huong Ho überträgt jeder Familie einen Hektar Land für den Bau von Häusern mit Toiletten und zur landwirtschaftlichen Nutzung als Eigentum.

Die 60 Familien erhalten einen Baukostenzuschuss für ihre Häuser von mehr als 1 000 Euro und betätigen sich selbst als „Häuslebauer“. Schachtbrunnen auf jedem Grundstück gewährleisten die Wasserversorgung. Vorgesehen sind aber auch der Bau und die Ausstattung eines kleinen Kindergartens sowie einer Grundschule. Ein Dorftreff soll zum Mittelpunkt der neu entstehenden Gemeinschaft werden. Alle drei Einrichtungen verfügen über Toiletten und Brunnen.

Foto: Ilona Schleicher, SODI

Bauer Tran Minh gehört zu den ersten Familien in der Siedlung

Vor dem Häuserbau und der landwirtschaftlichen Nutzung des Gebietes müssen jedoch noch 40 Hektar stark verbuschten Landes urbar gemacht werden. Danach erhält jede Familie eine Anschubfinanzierung von 228 Euro für den Kauf von Saatgut, Pflanzen und Bäumen. Mit Hilfe von Kleinkrediten von jeweils 190 Euro können sich die Familien Schweine, Kühe oder Ziegen anschaffen. Vorher nehmen Vertreter der Familien, erfahrungsgemäß Frauen, an Trainingskursen teil, die ihnen Kenntnisse über Kreditmanagement sowie über Obstanbau und Tierhaltung vermitteln. Mit diesem Programm erhalten die Familien nicht nur ein neues Zuhause, sondern auch die Möglichkeit ihren Weg aus der Armut selbst zu gehen.

75 Prozent des gesamten Projekts fördert das Bundesministerium, ein Viertel des Projektbudgets – das sind über 60 000 Euro – muss SODI aus Spenden finanzieren. Für jeden Brunnen gilt es also, 105 Euro an Spenden zu sammeln.

Wie das Tal, in dem sie entsteht, wird die Siedlung Lim heißen. Dies ist der Name des Eisenholzbaums, der hier einst wuchs. Krieg und menschliche Unvernunft haben ihn völlig aus dem Landschaftsbild getilgt. Zum Auftakt des Projekts haben die Familien ein Lim-Bäumchen gepflanzt – als gutes Omen für die Zukunft.

Ilona Schleicher, Projektmanagerin, aus „SODI! Report“, 4/2008; weitere Informationen zum Projekt: www.sodi.de/project.php?proj_id=88

Weltweit. Für Frieden und Gerechtigkeit

SODI tritt für eine solidarische, gerechte und friedliche Welt ein, in der Demokratie und Menschenrechte geachtet und die natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt werden. **SODI** trat die Rechtsnachfolge des Solidaritätskomitees der DDR an und versteht sich als Teil einer internationalen solidarischen Bewegung für eine menschliche Welt, die ein Leben in Würde ermöglicht. In Auseinandersetzung mit seiner Geschichte knüpft **SODI** an historische Leistungen internationaler Solidarität im Kampf gegen Faschismus, Kolonialismus, Rassismus und Apartheid an. Für Frieden und Gerechtigkeit.

Spendenkonto:
Solidaritätsdienst-international e. V.
Kto-Nr.: 10 20 100
BLZ: 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft

Bundesregierung legte am 25. November Haushaltsplanentwurf für 2009 vor

Weitere Umverteilung von unten nach oben

Der vorgelegte Haushalt der Bundesregierung ist keine adäquate Antwort auf die Weltwirtschaftskrise. Union und SPD haben es versäumt, die Haushaltsberatungen zu nutzen, um Dämme gegen die Rezession zu errichten. Offenbar haben sie allesamt den Ernst der Lage immer noch nicht erkannt. China wird 457 Milliarden Euro, Japan 210 Mrd. Euro und die USA wahrscheinlich 200 Mrd. Euro aufwenden, um die Konjunktur zu stützen. Doch die Bundesregierung hat immer noch nicht die Absicht, ein ernstzunehmendes Konjunkturprogramm aufzulegen. Lediglich 6 Mrd. Euro will sie 2009 bereitstellen, um Arbeitsplätze zu retten, also nur etwas mehr als 1 Prozent des Bankenrettungspakets. Wir in Deutschland haben uns bisher nur entschieden, 0,2 Prozent des Sozialproduktes auszugeben. Das heißt, das ist eigentlich lächerlich.

DIE LINKE fordert ein mehrstufiges Konjunkturprogramm. Die erste Stufe könnte noch in dieser Woche beschlossen werden: die Anhebung des Arbeitslosengeld II auf 435 Euro im Monat. Dieses Geld flösse direkt in den Konsum. Eine ähnliche Wirkung hätte die Einführung eines Mindestlohns. In einer zweiten und dritten Stufe müssten dann Infrastrukturprogramme folgen.

Doch die Bundesregierung übt sich – anders als in anderen Ländern – in Zurückhaltung gegenüber Konjunkturprogrammen. Klar, keiner macht gerne Schulden – auch Peer Steinbrück nicht, doch das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes muss er hinten anstellen. Denn es ist nun einmal so: Wenn er jetzt in die Rezession hineinsparen würde, dann wären am Ende die Schulden nur noch größer. Das zeigt die Wirtschaftsgeschichte. Nur dann, wenn es gelingt, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, hat er auch weniger Schulden, denn mehr wirtschaftliche Tätigkeit heißt weniger Arbeitslose und mehr Steuereinnahmen.

Wir haben seit vielen Jahren einen Investitionsrückstand im Bereich der öffentlichen Infrastruktur und im Bereich der Bildung. Beides kann man sogar exakt beziffern. Bei der öffentlichen Infrastruktur geben wir 25 Mrd. Euro pro Jahr weniger aus als der Durchschnitt der Industriestaaten und bei der Bildung ebenfalls. Hier müssen wir ansetzen, weil diese Programme längerfristig die Wirtschaft wieder in Gang bringen.

Wir haben in Deutschland wie in den meisten Industriestaaten in der Ära, die wir als neoliberale Ära bezeichnen, ein großes Auseinanderklaffen der Vermögen und Einkommen, wie das niemals der Fall war vorher. Das heißt also, das Einkommen des Hilfsarbeiters unterscheidet sich von dem der Manager in einem Ausmaß, das wir noch niemals kannten. Und in einer solchen Zeit, in der insbesondere jetzt die Banker uns gezwungen haben, 500 Mrd. Euro bereitzustellen, um ihre riesigen Fehler auszugleichen, in einer solchen Zeit wäre es an der Zeit, diejenigen, die die großen Fehler gemacht haben, auch zu beteiligen an der Schadensreparatur. Das ist der Sinn der Vermögenssteuer, wie wir LINKE sie fordern.

Unsere Hauptkritik bleibt es, dass die Haushaltspolitik der Bundesregierung umverteilt von unten nach oben und dass eben diese Koalition nichts gelernt hat aus all dem, was in den letzten Jahren passiert ist. Das sieht man an der Erbschaftssteuer. Die Finanzspekulation ist nur möglich gewesen, weil viele Millionäre und Milliardäre nicht mehr wussten, wohin mit ihrem Geld. Denken wie nur kurz an den Fall Merck. In dieser Situation hat die Große Koalition nichts anderes zu tun, als die Erben von Millionen und Milliarden zu entlasten. Das schlägt wirklich dem Fass den Boden aus.

Lothar Bisky, MdB

Am 27.11. wurde das neue Erschaftsteuergesetz beschlossen. Ende gut – alles gut? Die schwarz-rote Erbschaftsteuerreform ist treffender mit »Einstieg in den Ausstieg« zu bezeichnen – der Sachverständigenrat monierte in seinem aktuellen Jahresgutachten, dass mit der Reform »Partikularinteressen« bedient werden. Weder wird das der Erbschaftsteuer eigene Potenzial zur Erzielung von Steuermehreinnahmen genutzt, noch das zu einer stärkeren Umverteilung großer Vermögen, kritisiert Barbara Höll, steuerpolitische Sprecherin der Fraktion.

Ergebnisse der **namentlichen Abstimmung:**

Mit **NEIN** stimmte **Lothar Bisky**, wie die gesamte Fraktion DIE LINKE.
Mit **JA** stimmte, wie fast die ganze Regierungskoalition, **Jörg Vogelsänger,** lokaler SPD-Abgeordneter des Bundestages.
(siehe Protokoll der 190. Sitzung des Bundestages)

Vorsitzender des Sachverständigenrates Bert Rürup wechselt zum Versicherungskonzern AWD

Rürups Kaffeefahrt zum großen Geld

Der Wechsel von Bert Rürup zum Versicherungskonzern AWD ist an Schamlosigkeit kaum noch zu überbieten. Erst hat Rürup der Bundesregierung das Drehbuch für die Zerschlagung der gesetzlichen Rente geschrieben, nach dem Millionen in die Arme der Versicherungskonzerne getrieben wurden. Nun kassiert er dafür das ganz große Geld. Letztlich finanzieren diejenigen, die private Altersvorsorgeversicherungen abschließen, mit den dabei gezahlten Provisionen nun das Millionengehalt desjenigen, der ihnen die Verträge aufgeschwatzt hat. Das ist nichts anderes als jener Betrug, der bei Kaffeefahrten gang und gebe ist.

Verbraucherschützer wie die Bremer Verbraucherzentrale zweifeln schon lange am Nutzen der Riesterrente für die Versicherten. Umso mehr lohnt sie sich für die Versicherungsindustrie und deren Makler. Erhellend ist auch, von welchen Sachverständigen sich die Bundesregierung in Fragen der Rentenpolitik beraten lässt. Eigentlich müsste es doch auch ihr langsam peinlich sein, dass sie den Maklern der Versicherungswirtschaft seit Jahren die Axt in die Hände legt, mit der diese die Gesetzliche Rentenversicherung zerlegen. Man darf gespannt sein, wer der nächste Kriegsgewinnler im vermeintlichen Kampf gegen die Altersarmut sein wird.

Im Fall von AWD kommt noch hinzu, dass der angeblich unabhängige Finanzoptimierer den Abschluss einer Riester- oder Rüruprente bei der Swiss Life empfiehlt, die inzwischen Mehrheitsaktionär bei AWD ist. AWD finanziert zudem große Werbekampagnen für die Riesterrente und gibt Rürup Gelegenheit, auf Veranstaltungen die angeblichen Vorteile des AWD/Swiss Life-Produkts zu erläutern. Wenn man dann noch neueste Berechnungen zeigen, dass man 91 Jahre und älter werden muss, um überhaupt die versprochene Rendite bei der Riesterrente zu erreichen, wird klar, was da getrieben wird: Gnadenlose Abzocke. Optimiert werden dabei nur die Finanzen der Versicherungskonzerne. Und nun auch direkt die von Bert Rürup.

Klaus Ernst, MdB, stellv. Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Gruß an Stefan Sarrach

Ab 1. Dezember 2008 bist Du, Stefan Sarrach, gewählt vom Richterwahlausschuss Brandenburg, Richter am Sozialgericht in Frankfurt (Oder).

Neun Jahre gehörtest Du dem Landtag Brandenburg an, wirktest in der zu Ende gehenden Wahlperiode im von Dir direkt gewonnenen Wahlkreis 30 (Fürstenwalde/Beeskow). Deine Nachfolge auf dem Brauhausberg in Potsdam tritt Matthias Loehr aus Cottbus an.

Im September in den Kreistag Oder-Spree gewählt, musst Du das Mandat ebenfalls zurückgeben. Hier rückt Monika Pooch aus Beerfelde nach.

In Deiner Heimatstadt Fürstenwalde bleibst Du weiterhin Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Auch im Stadtvorstand Fürstenwalde der Partei DIE LINKE wirst Du den Vorsitz weiter ausführen.

Wie zu hören war, bist Du in der Bundesrepublik Deutschland der erste LINKE, der zum Richter gewählt wurde.

Dir lieber Stefan Sarrach allzeit gutes Gelingen an Deiner neuen Wirkungsstätte, geprägt von sozialer Gerechtigkeit. Das wünschen Dir Deine Genossinnen und Genossen der Partei DIE LINKE Oder-Spree.

Im Gespräch mit

Peter Sodann

Moderation: Michael Schlick, Mitarbeiter in der Bundestagsfraktion DIE LINKE Freitag

12. 12. 2008, 19 Uhr
Erkner, Fichtenauer Weg 44
(Stadtteilzentrum der GefAS)

DIE LINKE Oder-Spree

Kreisgeschäftsstelle • Schloßstraße 7 • 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: *kontakt@linke-oder-spree.de*

geöffnet Mo., Mi., Do. 9–12 und 13–17 Uhr
Di. 9–12 und 13–19 Uhr, Fr. 9–13 Uhr
Kasse Di. 13–17 Uhr und Do. 9–12 Uhr

Alles öffentlich im Kreistag LOS

Sitzungen im Dezember 2008/Januar 2009

DIE LINKE-Fraktion des Kreistages Oder-Spree

Öffentliche Fraktionssitzungen: 9. 12., 18.30 Uhr, Storkow, Friedensdorf
Fraktionsgeschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax 34 26 24
Fraktionsgeschäftsführerin: Monika Pooch, 15518 Beerfelde, Jänickendorfer Straße 55, Tel. (03 36 37) 3 88 42, Fax 3 88 43
E-Mail: *emk.pooch@t-online.de*

Ausschüsse des Kreistages Oder-Spree

- Kreisausschuss 3. 12., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Kreisausschuss 7. 1., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 13. 1., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Werksausschuss Eigenbetrieb KWU 14. 1., 18.00 Uhr, Füwa., K.-Marx-Str. 11/12
- Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft 15. 1., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Bildung, Kultur, Sport 20. 1., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Kreisausschuss 4. 2., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Die Tagesordnungen und konkreten Versammlungsorte und -räume bitte in Kreistagsfraktion erfragen oder der Internetseite *https://web.landkreis-oder-spree.de/somacos/sessionnet/bi/infobi.asp* entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

17. 12., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7, Haus B, Atrium Landratsamt

Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag im Dezember/Januar

im Dezember 2008

60. Gerhard Bocian, Tauche
65. Werner Scholz, Eisenhüttenstadt
70. Werner Besterda, Fürstenwalde
Brigitte Schneider, Bad Saarow
75. Dorothea Lindig, Bad Saarow
Hans Stürz, Erkner
Joachim Wagner, Storkow
80. Hannelore Montag, Eisenhüttenstadt
Henry Schostag, Eisenhüttenstadt
Hans Schumann, Steinhöfel
81. Christa Blauschies, Fürstenwalde
Gerhard Buchholz, Bad Saarow
82. Johannes Fenske, Storkow
83. Helmut Preißler, Bad Saarow
85. Hilda Weber, Tauche
86. Ingeborg Ulbricht, Eisenhüttenstadt
87. Ilse Arenbeck, Eisenhüttenstadt
98. Margarete Müller, Schöneiche

im Januar 2009

60. Gerlinde Stobrawa, Bad Saarow
75. Klaus Rahne, Schöneiche
Margot Wesch, Woltersdorf
80. Gerhard Hielscher, Bad Saarow
82. Joachim Hohnroth, Beeskow
83. Horst Pelk, Dammendorf
84. Werner Wünsch, Eisenhüttenstadt
85. Ruth Böhnke, Fürstenwalde
Hans Lembke, Bad Saarow
86. Hans Fröhlich, Eisenhüttenstadt
Jenny Heider, Fürstenwalde
Harry Rendelmann, Fürstenwalde
Waltraud Schöneberg, Fürstenwalde
89. Bruno Menz, Rauen
95. Martha Merten, Woltersdorf
101. Grigor Wassilew, Fürstenwalde

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax 34 26 24, kontakt@linke-oder-spree.de
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel./Fax (0 33 62) 55 96, E-Mail: p-w-hochmuth@online.de; Dr. Elvira Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 49 62, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2 500
Satz: Satzstudio Schneider, 15537 Erkner, Schneider.Satz@t-online.de; Druck: flyeralarm GmbH
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle LeserInnen werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto 3 410 533 965, BLZ 170 550 50 bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der DIE LINKE-Kreisverbandes LOS oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

DIE LINKE gewann mit ihrem Programm

WAS TUN für Eisenhüttenstadt

Unter diesem Slogan sind im September 20 Eisenhüttenstädter Bürgerinnen und Bürger für DIE LINKE in den Wahlkampf für die Stadtverordnetenversammlung (SVV)Eisenhüttenstadt gegangen.

Die Bürger haben gewählt und mit 11 368 Stimmen = 34,8 Prozent für das Wahlprogramm der LINKEN gestimmt. Damit ist die Fraktion der LINKEN die stärkste Fraktion in der SVV. Aber: Mit dem eindeutigen Votum der Bürger können andere Parteien nur schlecht leben. Unfair, unsauber, undemokratisch – die Verfahrensweise zur Wahl für den Vorsitz der SVV in der konstituierenden Sitzung am 28. Oktober.

Zwölf Jahre hat Rudi Schmidt die Funktion des Stadtverordnetenvorstehers korrekt und loyal im Interesse aller Abgeordneten und der Stadt Eisenhüttenstadt ausgeübt. Bei der erneuten Wahl für die jetzige Legislaturperiode fehlte die nötige Stimmenzahl. Angeblich war ein Flugblatt über die gegen die LINKEN beschlossene Erhöhung der KITA-Gebühren der Auslöser für das Wahlverhalten der Abgeordneten. War das nicht nur ein Vorwand?

Eigenartig, dass sich der Kandidat der SPD im ersten Wahlgang gar nicht zur Wahl stellte! Befremdlich auch, dass nach der „Abwahl“ von Rudi Schmidt nicht einmal der Bürgermeister einen zumindest verbalen Dank an den vormaligen SVV-Vorstehen für seine langjährige Tätigkeit ausspricht.

DIE LINKE – stark und immer präsent

Die Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Eisenhüttenstadt stellt sich mit dem eindeutigen Votum der Bürgerinnen und Bürger den neuen Anforderungen. Auch in Eisenhüttenstadt ist Veränderung möglich. Für die nächsten 1–2 Jahre hat sich die Fraktion ein 8-Punkte-Programm erarbeitet (siehe Kasten).

Ein erster Schritt zur Umsetzung wird ein Antrag für kostenloses Mittagessen in KITAS und Grundschulen für Inhaber des „Eisenhüttenstadt-Passes“ sein.

Gudrun Flaig, Eisenhüttenstadt

Was tun für Hütte

8-Punkte-Programm der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Eisenhüttenstadt

1. Wir wollen Eisenhüttenstadt zur Bürgerkommune entwickeln. Die Bürger erhalten Mitbestimmungsmöglichkeiten bei wichtigen Entscheidungen zum Stadthaushalt (Bürgerhaushalt) und zum Stadtumbau.
2. Wir wollen, dass die „Aktion Courage“ im Rahmen des Projektes „Tolerantes Brandenburg“ wieder belebt wird.
3. Wir wollen in Eisenhüttenstadt kostengünstige Wohnungen, die für einkommensschwache Haushalte vorgehalten werden.
4. Wir wollen sozialverträgliche Tarife für Strom, Gas und Heizung.
5. Wir wollen kostenloses Mittagessen in Kitas und Grundschulen für alle Inhaber des EH- Passes.
6. Wir wollen Schulsozialarbeiter in allen 5 Grundschulen der Stadt.
7. Wir wollen, dass Schüler kostenlos die Stadtbibliothek nutzen können.
8. Wir wollen, dass die Museen durch alle Bürger der Stadt einmal in der Woche kostenlos besucht werden können.

Am 22. 11. 2008 wählte die Eisenhüttenstädter LINKE einen neuen Gebietsvorstand

Wir stehen zu unseren Wahlaussagen

87 Mitglieder der LINKEN fanden sich im Speisesaal der EWG ein, um die in den letzten beiden Jahren geleistete Arbeit auszuwerten und den Gebietsvorstand neu zu wählen.

Eine Auswertung der Kommunalwahl 2008 sowie der Rechenschaftsbericht des Gebietsvorstands erfolgten durch die bisherige Gebietsvorsitzende Dagmar Püschel, die gleichzeitig Vorsitzende unserer Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung ist. Mit 34,8 Prozent der abgegebenen Stimmen erreichten wir in einer schnell schrumpfenden Stadt etwa 1 100 Stimmen mehr als zur vorangegangenen Kommunalwahl und wurden erneut mit Abstand die stärkste Partei in der Stadtverordnetenversammlung. Im Kreistag konnten wir unsere im Wahlkreis errungenen Mandate von 3 auf 4 aufstocken und die Bürgermeisterwahlen in Brieskow-Finkenheerd und Mixdorf wurden vor allem wegen der dort für unsere Partei angetretenen Kandidaten im ersten Wahlgang mit über 60 Prozent gewonnen.

Soweit das Licht. Als Schatten steht dem gegenüber, dass wir in Eisenhüttenstadt zwei Mandate und in Müllrose ein Mandat weniger erreichten, als bei der letzten Wahl, dass wir in Brieskow-Finkenheerd vier gewonnene Mandate wegen fehlender Kandidaten nicht besetzen können und wir in weiteren größeren Orten mit Wählerpotential für unsere Partei ebenfalls wegen fehlender Kandidaten nicht angetreten waren.

Diskutiert wurde ebenfalls über die Durchführung des Wahlkampfes und über die gegenwärtige Konfrontation der meisten anderen Parteien uns gegenüber, die fast im ganzen Land festzustellen ist. SPD und CDU lagen erstmalig zusammen landesweit unter 50 Prozent und das macht nervös, wie wir derzeit erfahren.

Als Gast trat der Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE Brandenburg Thomas Nord auf. Er bezog sich vor allem auf die gegenwärtige politische Situation. Wir sind angetreten, um Veränderungen im Sinne unseres Wahlprogramms zu erreichen. Dabei sind wir zur Zusammenarbeit bereit, z. B. mit der SPD wie in Märkisch-Oderland oder Cottbus, was Kompromisse einschließt. Wir sind aber nicht bereit für ein paar Posten die Agenda 2010 und ähnliches mitzutragen.

Er überreichte drei im Zusammenhang mit der Kommunalwahl in DIE LINKE eingetretenen jungen Genossinnen ihren Mitgliedsausweis.

Dem langjährigen Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Rudi Schmidt, der dieses Amt durch die uns gegenüber wieder praktizierte Ausgrenzung nach der Kommunalwahl verlor, wurde für die geleistete Arbeit gedankt.

Anschließend erfolgte die Wahl des neuen Gebietsvorstandes Eisenhüttenstadt. Mit 95,3 Prozent der abgegebenen Stimmen wurde Dagmar Püschel als Vorsitzende wiedergewählt. Der neue 8-köpfige Vorstand besteht aus 6 Mitgliedern des bisherigen, sowie 2 neugewählten Mitgliedern.

Für 2009 gilt wie in den letzten Jahren auch: Mit uns ist zu rechnen, wir stehen zu unserem Wahlprogramm. Wir sind gewillt, in der Europa-, der Bundestags- und Landtagswahl, sowohl der Bürgermeisterwahl kräftig dazuzugewinnen.

Jörg Mernitz, Eisenhüttenstadt,
Mitglied des Kreistages Oder-Spree

Foto: Falk Hermenau/ Volksbegehren Keine Neuen Tagebaue

11. 11. 2008: Potsdam, Alter Markt, im Zusammenhang mit der gleichzeitig stattfindende SPD-Zukunftskonferenz zum Energieland Brandenburg werden Tofu-Würstchen und Bananen mit Schokolade gebraten

Foto: Damian Arikas/Volksbegehren Keine Neuen Tagebaue

13. Oktober 2008, Potsdam Staatskanzlei: Aktion von Greenpeace – Aktivistin von Greenpeace

DIE LINKE unterstützt Volksinitiative – Regionen Eisenhüttenstadt und Fürstenwalde können betroffen sein

Jetzt unterschreiben: Keine neuen Tagebaue!

Wo?

In Ihrem Einwohnermeldeamt. Bitte nicht den Personalausweis vergessen.

Warum?

- Weil die Braunkohleverstromung die klimaschädlichste Art der Energieerzeugung ist. Die Erderwärmung durch den Anstieg des Kohlendioxidgehaltes der Lufthülle ist bereits messbar und verstärkt sich weiter.
- Weil Tagebaue die Heimat zerstören. Nach der Räumung des Dorfes Horno verkündete die Landesregierung, weitere Ortschaften werden nicht abgebaggert werden. Jetzt sollen Grabko, Atterwasch und Kerkwitz ganz oder teilweise dem künftigen Tagebau Jänschwalde Nord weichen.
- Weil Tagebaue die Natur zerstören. In nahezu allen potentiellen Bergbaufeldern liegen Schutzgebiete von europäischer Bedeutung, die unwiederbringlich abgebaggert werden.
- Weil Tagebaue den Wasserhaushalt nachhaltig stören. Bereits jetzt ist der Wasserspiegel von Gewässern im südlichen Teil des Naturparks Schlaubetal stark zurückgegangen. Mit dem Tagebau Jänschwalde könnten sie durch die Grundwasserabsenkung ganz verschwinden.
- Weil sie das Arbeitskräfteproblem nicht lösen. In der Gewinnung erneuerbarer Energien gibt es im Land Brandenburg schon jetzt mehr Arbeitsplätze als in der Braunkohle.

Trifft das nur auf die Lausitz zu?

Nein! Der Landkreis Oder-Spree ist unmittelbar betroffen.

- **Erstens** macht der Klimawandel um uns keinen Bogen.
- **Zweitens** werden Landschaftsteile im Süden des Landkreises direkt unter Auswirkungen Lausitzer Tagebaue leiden.
- **Drittens** gibt es auch im Landkreis Oder-Spree ausgedehnte abbauwürdige Braunkohlefelder. Sie spielen zwar in der gegenwärtigen Planung keine Rolle, können aber durch zukünftige Planungen erschlossen werden. In der Braunkohlenstudie, die vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegeben worden war (TU Clausthal, Mai 2007), kann man nachlesen, welche Orte unseres Landkreises potentiell bedroht sind. Hier eine Auswahl:

Feld Fürstenwalde
Fürstenwalde, Pfaffendorf, Neuendorf, Alt Golm, Falkenberg, Alt Madlitz, Briesen, Kersdorf, Berkenbrück, Sauen, Görzig, Neubrück, Beeskow (insgesamt bis etwa 54 000 betroffene Einwohner).

Feld Wellmitz
Neuzelle, Wellmitz, Steinsdorf, Bomsdorf, Göhlen, Henzendorf, Schwerzko, Ratzdorf (insgesamt bis etwa 8 000 betroffene Einwohner).

Feld Finkenheerd
Brieskow-Finkenheerd, Müllrose, Teile von Frankfurt (Oder) (insgesamt bis etwa 9 000 betroffene Einwohner).

Deshalb neue Tagebaue jetzt stoppen!

Übrigens: Es geht nicht um den sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle. Die jetzt aktiven Tagebaue können die bestehenden Kraftwerke noch etwa 30 Jahre mit Kohle versorgen – genügend Zeit für einen sozial verträglichen Umbau der Arbeitsplatzstrukturen, beispielsweise zur Entwicklung der erneuerbaren Energien.

Peter Engert
Fürstenwalde, Landessprecher der Arbeitsgemeinschaft Umwelt in der Partei DIE LINKE Brandenburg